



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

11.07.03

Gleichstellung behinderter und nicht-behinderter Menschen

Presseerklärung

Oberbürgermeister Dr. Langemeyer hat der Bezirksregierung mitgeteilt, dass Dezernent Pogadl die Aufgaben eines Behindertenbeauftragten für die Stadt Dortmund wahrnimmt. Diese Entscheidung kann bestenfalls als Übergangslösung betrachtet werden, wobei das Verfahren auch in diesem Fall mehr als kritikwürdig ist, wie die Reaktion des AK „Der behinderte Mensch“ deutlich macht.

So sehr das Landesgleichstellungsgesetz, zu dessen Entwurf es am heutigen Tag eine Anhörung gibt, begrüßenswert ist, so bedauerlich ist, dass die Kommunen aller Voraussicht nach nicht verpflichtet sind, eines/einen Beauftragten für die Belange behinderter Menschen zu bestellen. Das entbindet die Kommune jedoch keinesfalls von der Verpflichtung, eine optimale Interessenvertretung für Behinderte zu gewährleisten und deren diesbezüglichen Wünsche zu respektieren.

Dies ist offenbar nicht geschehen. So wird in der Bestellung des Sozialdezernenten Interessenkollision gesehen, die auch aus unserer Sicht unvermeidlich ist.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertreten die Auffassung, dass in Großstädten wie Dortmund die Hauptamtlichkeit verbindlich sein sollte. Optimal wäre eine beim OB angesiedelte Stabsstelle, die möglichst von einem behinderten Menschen besetzt werden müsste. Ebenso selbstverständlich wäre eine Berichtspflicht des/der kommunalen Behindertenbeauftragten. Zu prüfen wäre die Einrichtung eines Beirates, der die Arbeit des/der Behindertenbeauftragten begleitet.

Daneben ist eine Kombination von ehrenamtlicher und hauptamtlicher Tätigkeit denkbar, die die Verankerung der Behindertenpolitik in der Bürgerschaft gewährleistet.



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Es kann jedenfalls nicht angehen, dass der Sozialdezernent eine Funktion zugewiesen bekommt, die er – wenn überhaupt - als eine unter vielen anderen wahrnehmen kann. In Fällen, in denen er aufgrund des allgemeinen Spargebots die Interessen der Stadt wahrnehmen muss, ist es unvermeidlich, gegen Interessen zu verstoßen, die explizit von Behinderten geäußert werden. Die Stadt stellt sich darüber hinaus ein Armutszeugnis aus, wenn einerseits hoch dotierte Stellen zur Wahrnehmung hochschulpolitischer und internationaler Vernetzungsaufgaben geschaffen hat, andererseits aber nicht bereit ist, einer großen gesellschaftlich benachteiligten Gruppen denselben Status einzuräumen.

Wenn es bei dieser Lösung bleibt, ist Behindertenpolitik wie eh und je Feigenblattpolitik. Konkrete Maßnahmen werden so lange wie möglich verschleppt, während Feierlichkeiten zum europäischen Jahr des behinderten Menschen zur Repräsentation der Stadt gerne genutzt werden.